

„Es braucht diese Stalag-Gedenkstätte“

Seit dem Ukraine-Krieg wachsen Zweifel an einem millionenschweren Erinnerungsort für verstorbene sowjetische Kriegsgefangene in OWL. Historikerin Christina Morina von der Uni Bielefeld sieht das anders.

Frau Morina, auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock soll eine große Gedenkstätte für sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg entstehen. Inzwischen gibt es auf kommunaler Ebene Zweifel, ob das in den Zeiten des russischen Überfalls auf die Ukraine noch angemessen ist. Wie beurteilen Sie das?

CHRISTINA MORINA: Ich kann nachvollziehen, dass Menschen skeptisch sind, ob es richtig ist, für eine Gedenkstätte rund 50 Millionen Euro auszugeben. Aber das jetzige Verhalten der russischen Regierung schmälert selbstverständlich in keiner Weise die Notwendigkeit für einen solchen Gedenkort.

Warum nicht?

Es braucht diese Gedenkstätte. Auf dem Friedhof nahe dem Lager wurden im Zweiten Weltkrieg schätzungsweise 65.000 Menschen in einem Massengrab eher verscharrt als beerdigt. Ein Massengrab in dieser Größe, dessen Vorgeschichte und Bedeutung im Kontext des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion so wenig aufgearbeitet wurde, ist einmalig in Deutschland. Das muss der Kern des Gedenkens sein. Darauf sollte man künftig den Schwerpunkt setzen.

Was meinen Sie damit?

Die Pläne für die Gedenkstätte Stalag wurden zuletzt sehr breit gedacht. Ich sehe die Gefahr, dass das Kernthema aus dem Blick gerät, wenn dort eine riesige internationale Gedenkstätte entsteht, die die Nutzung des Geländes, unter anderem durch das Sozialwerk oder die Polizei, mit der Kriegsnutzung beinahe gleichsetzt. Dieser Ort ist vor allem wichtig, um an die Verbrechen zwischen 1940 und 1945 zu erinnern. Der Fokus sollte auf den hier Ausgebeuteten und Ermordeten liegen. So wie das in der bisherigen Gedenkarbeit der Fall war, die in mühsamer und jahrzehntelanger Arbeit durch die Zivilgesellschaft vorangetrieben wurde.

Werden diese Akteure ausreichend berücksichtigt?

Ich wünsche mir, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärker miteinbezogen werden. Sobald sich die Politik eines Gedenkkomplexes annimmt, wirken bald deren Lo-



Joachim Gauck, Bundespräsident a. D., erinnerte vor einigen Jahren in Stukenbrock an sowjetische Kriegsopfer.

Foto: Andreas Zobe

giken und Interessen, zivilgesellschaftliche Gruppen gelten schnell als weniger relevant. Es ist wichtig, dass ehrenamtliche Initiativen und Vereine hinsichtlich der Zukunft der Gedenkstätte ausreichend Mitsprache erhalten. Dafür besteht jetzt noch die Chance. Viele dieser Menschen sind inzwischen alt, der Förderverein kämpft um Nachwuchs. Es ist wichtig, dieses Engagement zu erhalten und zu erneuern – zivilgesellschaftlich, aber auch politisch.

Was schwebt Ihnen vor?

Vielleicht tut es auch eine etwas kleinere Lösung. Es scheint, dass aktuell die Unterstützung für die 50-Millionen-Euro-Variante bröckelt, die anvisierte Gedenkstätte wird mitunter als „Raumschiff“-Idee wahrgenommen. Das liegt an der angespannten Finanzlage der Kommunen, der bisherigen örtlichen Gedenkpraxis, und natürlich ist generell zu fragen, was eine solche Großgedenkstätte mit Blick auf die regionale Gedenkstättenlandschaft auslösen würde. Ich fände ein sichtbares Zeichen des Erinnerns an die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Opfer aus anderen Ländern, etwa in Form

eines in der weiten Fläche sichtbaren Denkmals, und einen dazugehörigen Wissensort. Es ist über das dortige Geschehen präzise aufklärt, angemessener.

Sie beschäftigen sich in der historischen Forschung mit der Geschichte des Gedenkens. Beruht das deutsche Identitätsbewusstsein vor allem auf den Schrecken durch die Nazizeit?

Aus nationalistischer Sicht wird gern behauptet, die Deutschen würden ihre Identität nur „negativ“ auf die NS-Zeit beschränken. Ich sehe das anders. Das Grundgesetz gibt eine klare Antwort auf die NS-Diktatur. Es hat dem Land eine gute Ordnungsgrundlage gegeben, die in der Welt als Vorbild gilt und sich vom NS-System



Christina Morina, Professorin für Allgemeine Geschichte an der Uni Bielefeld. Foto: T. Gebauer

klar abgrenzt. Deutschland – wenn man es überhaupt definieren möchte – ist viel mehr als das Gedenken an zwei Weltkriege und Genozide. Zugleich ist das Gedenken ein essenzieller Bestandteil, muss es sein, denn es gehört zum Wesenskern dieser guten Ordnung.

Können Sie Beispiele nennen?

Eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ist maßgeblich dadurch entstanden, dass sich vor Ort Initiativen gegründet und die Ereignisse aufgearbeitet haben, was alles andere als glatt und konfliktlos verlief. Sie haben – im Wechselspiel mit einem jahrzehntelangen politischen Reflexions- und Lernprozess – diese Demokratie besser gemacht. In diesem Sinne könnte man von einer sehr spezifischen deutschen Identität sprechen, an der es festzuhalten und weiterzuarbeiten lohnt.

Leidet die deutsche Debattenkultur?

Wir leben in einem sehr liberalen und pluralen Land, in dem es wenige, gut begründete Tabus gibt. Behauptungen, es gäbe Meinungstunnel und Denkverbote, halte ich für irrig. Dennoch ist die öffent-

liche Debatte eine hohe, schwere Kunst, die wir im Zeitalter des Digitalen und Globalen neu lernen müssen, scheint mir.

Sie veranstalten am 27. Januar zum dritten Mal die Bielefelder Debatte zur Zeitgeschichte. Worum handelt es sich?

Ich habe die Reihe gegründet, um Erkenntnisse und Fragen aus der Geschichtswissenschaft in die Gesellschaft zu vermitteln und andersherum auch Fragen und Perspektiven aus der Gesellschaft aufzunehmen und plural zu debattieren. Wir diskutieren diesmal über „Die Zukunft des NS-Gedenkens: Geschichte als gesellschaftliche Selbstverständigung“ und damit einige der aktuell kontrovers diskutierten Fragen rund um die NS-Erinnerung. Unsere Gäste sind Historiker wie Ulrike Jureit und Bill Niven, aber auch der Soziologe Natan Sznajder und der Psychologe Ahmad Mansour. Wir sind derzeit ausgebucht, aber es lohnt, sich noch anzumelden, da erfahrungsgemäß immer einige Plätze frei bleiben. Und es wird eine Aufzeichnung und Publikation der Debatte geben.

Das Gespräch führte Ingo Kalischek

Schnee behindert Verkehr in NRW

Busse bleiben stehen, Lastwagen stellen sich quer, Autofahrer stehen im Stau.

■ **Wuppertal (Inw).** Ein vergleichsweise kleiner Winterbruch hat Nordrhein-Westfalen ausgerechnet im Berufsverkehr getroffen und den Verkehr am Morgen teilweise lahmgelegt. Zwar fielen nur wenige Zentimeter Schnee, aber die reichten aus, um den Verkehr auf einigen Autobahnen und Landstraßen lahmzulegen. Lastwagen stellten sich quer, Pendler standen in langen Staus, in einigen Städten wurde der Busverkehr vorübergehend eingestellt. Es gab Hunderte Verkehrsunfälle, dabei wurden auch einige Menschen verletzt.

Der Schneefall war nicht einmal besonders stark, aber er setzte in vielen Regionen ausgerechnet in der Zeit ein, als sich viele Menschen auf den Weg zur Arbeit machten. Besonders betroffen war ein Streifen von Bergisch Gladbach über Wuppertal und Essen bis ins nördliche Ruhrgebiet.

Winterdienste waren seit der Nacht unterwegs. „Alle Fahr-

zeuge unserer Autobahnmeistereien sind im Einsatz“, schrieb die Autobahn-Gesellschaft in Westfalen auf Twitter. Trotzdem brauchten Autofahrer Geduld. „Fahrt vorsichtig – wir arbeiten so schnell wir können!“, schrieben die Wirtschaftsbetriebe Duisburg.

Laut dem WDR-Verkehrstudio gab es auf den Autobahnen im Land in der Spitze 250 Kilometer Stau. In Wuppertal stoppten die Stadtwerke vorsichtshalber für mehrere Stunden den gesamten Busverkehr. In der Stadt mit ihren hohen Bergen und starken Steigungen haben Busse bei Glätte oft Probleme. Auch in anderen Städten fuhr der ÖPNV nur eingeschränkt.

Auch in den kommenden Tagen rechnet der Deutsche Wetterdienst mit kaltem Winterwetter und Glättegefahr. Insbesondere im Süden könnte es einzelne Schneeschauer geben. Auf einigen Strecken müssten Autofahrer mit gefrierender Nässe rechnen.

Abzocke mit Einträgen ins Handelsregister

Angeklagter ergaunert sich mit sogenannten Offertenschreiben mehr als 1,8 Millionen Euro.

■ **Düsseldorf (Inw).** 2.100 Betrugsgeschäfte bundesweit, 1,8 Millionen Euro Schaden: Wegen mutmaßlicher Abzocke mit offiziell wirkenden Rechnungen für Handelsregistereinträge steht ein 31-Jähriger in Düsseldorf vor Gericht. Dem Mettmanner wird besonders schwerer gewerbsmäßiger Betrug vorgeworfen. „Er wird vorerst nichts dazu sagen“, kündigte sein Verteidiger an.

Als Geschäftsführer einer Firma mit Sitz in Düsseldorf soll der 31-Jährige zwischen Juni 2019 und November 2020 bundesweit an Existenzgründer sogenannte Offertenschreiben verschickt haben, die

von vielen Empfängern als Rechnungen für amtliche Einträge ins Handelsregister wahrgenommen worden seien, so der Staatsanwalt.

„Sobald ihm eine Bank das Konto wegen Betrugsverdachts kündigte, wechselte er zu einem der weiteren vorsorglich bei anderen Instituten frühzeitig eröffneten Konten“, schilderte er. „Teilweise wurden die Konten von ihm täglich geräumt.“ Laut Anklage ergaunerte der Angeklagte so innerhalb von 17 Monaten mehr als 1,8 Millionen Euro.

Das Landgericht hat für den Prozess vier weitere Verhandlungstage angesetzt.

33 Verfahren nach Angriffen

■ **Düsseldorf (Inw).** Wegen Angriffen auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht in NRW gibt es inzwischen 33 Verfahren. Die Tatverdächtigen seien überwiegend männlich und hätten etwa zur Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft, heißt es in einem Bericht des Innenministeriums. Demnach wurden 41 Polizisten verletzt.

Randale und vor allem Attacken auf Einsatzkräfte hatten nach Silvester für Diskussionen gesorgt. Laut dem Papier lag ein Schwerpunkt im Ruhrgebiet. Demnach gab es zum Jahreswechsel in NRW 2.945 „polizeiliche Maßnahmen“, rund 600 mehr als im Jahr zuvor und 1.300 mehr als in der Silvesternacht 2020.

Aktivisten schlagen in Lützerath mit Holzlatten auf Polizisten ein

Innenminister Reul nennt Details der Räumung und Ausschreitungen und kündigt ein hartes Vorgehen des Rechtsstaats an.

Ingo Kalischek

■ **Düsseldorf.** Der Großteil der Demonstranten in Lützerath hatte bei einer Kundgebung am Wochenende friedlich protestiert. Doch es kam auch zu Ausschreitungen, die jetzt ein Nachspiel haben. Laut NRW-Innenminister Herbert Reul hat die Polizei bis heute rund 500 Straftaten registriert und etwas mehr als 100 verletzte Beamte zu verzeichnen.

Aktivisten haben laut Reul Steine auf Polizisten geworfen, mit Holzlatten auf sie eingeschlagen, Pyrotechnik gezündet und auf Polizisten gezielt. „Mir wurde sogar berichtet, dass die Störer gezielt nach den Schusswaffen gegriffen haben – teilweise ist es gelungen, eine der Sicherungen am Holster schon zu lösen“, berichtete Reul im Innenausschuss des Landtags.

Der Minister übte Kritik an den Demonstranten. Es habe „zu viele Menschen“ gegeben, die ein gutes Anliegen gehabt hätten, „sich aber nicht von Gewalttätigen abgegrenzt haben“. Es seien „mehrere Tausend Versammlungsteilnehmer“ während der Demonstration vom Weg abgekommen und in Richtung der Polizeiketten ausgeschert. Nach Angaben des Verfassungsschutzes haben zum Teil Linksextremisten zivildemokratische Bündnisse vereinnahmt und instrumentalisiert. Mit Blick auf die Ausschreitungen sagte Reul: „Das darf sich ein Rechtsstaat nicht bieten lassen – und das wird sich unser Rechtsstaat nicht bieten lassen.“

Aktivisten werfen der Polizei wiederum vor allem in den sozialen Medien unverhältnismäßiges Vorgehen vor. Videos zeigen, wie Beamte mit

Schlagstöcken auf Aktivisten einschlagen und schreiend auf sie zu rennen. Rettungssanitäter sprachen zuletzt von mehr als 90 Verletzten und mitunter auch lebensgefährlich Verletzten. Belege haben sie dafür aber nicht genannt. Reul sagte, dass die schwerste bislang bekannte Verletzung „eine

Gehirnerschütterung“ sei. Ansonsten habe es sich vor allem um Fuß- und Beinverletzungen, Arm- und Handverletzungen sowie Platzwunden gehandelt.

In der Spitze haben sich laut Reul bis zu 3.700 Polizisten „aus fast allen Bundesländern“ in und um Lützerath auf-

gehalten. Zudem habe es 900 Akkreditierungen von Journalisten und rund 3.400 Medienanfragen weltweit gegeben. Bislang werde im Zuge des Einsatzes in fünf Fällen gegen Polizisten ermittelt.

Die Fraktionen lobten den „besonnenen“ und „deeskalierenden“ Polizeieinsatz. Marc Lürbke (FDP) übte Kritik an den Grünen, die sich in seinen Augen nicht ausreichend von den Vorfällen in Lützerath distanzieren hätten. „Sie haben das als Grüne hier ein Stück weit mit zu verantworten“, sagte Lürbke. Grünen-Abgeordnete Julia Höller wies diese Vorwürfe kopfschüttelnd zurück und betonte, dass man Angriffe auf die Polizei klar verurteile. Die Grünen seien permanent vor Ort gewesen, um zur Deeskalation beizutragen, sagte Höller und warnte vor Pauschalisierungen.



Bei der Räumung gibt es heftige Auseinandersetzungen.

Foto: dpa

Persönlich



Soldatengottesdienst

Rainer Maria Woelki (66), Kölner Kardinal, hat in einem Soldatengottesdienst in Köln den Einsatzkräften für ihren Beitrag zum Frieden gedankt. Er wisse, dass sich der Auftrag der Bundeswehr wandere. In den aktuell andauernden Konflikten bete er für Frieden und Gerechtigkeit. Foto: dpa



Personalmangel

Ayla Çelik (54), Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), sagt, dass vor allem Schulen in strukturschwacher Lage in dramatischer Weise vom Lehrkräftemangel in NRW betroffen seien. „Und gerade dort ist der Mangel umso fataler.“ Foto: dpa